

PERSÖNLICH

Herrn  
Landeshauptmann  
Dr. Jörg Haider  
p.A. Amt der Kärntner Landesregierung

Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt

Villach, am 15. Mai 2007  
Dr.DB/Sr

Betreff: Verkauf von Aktien der Hypo Bank International

Lieber Dr. Haider, lieber Dr. Martinz I

Ich war gestern, am 14. Mai 2007 gemeinsam mit Herrn Dr. Ederer von der GRAWE und Herrn Dr. Kulterer in München bei der Bayern-Landesbank und habe an den Verhandlungen über den Verkauf von den oben erwähnten Aktien teilgenommen.

Ich fasse zusammen:

1. Mein Urteil über diesen Kaufvertrag:

Der beabsichtigte Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung (50 % + 1 Aktie) an der HBInt. durch die Bayern LB um den Gesamtkaufpreis für diese Quote in Höhe von 1,625 Mrd. € ist nach meiner Überzeugung ordentlich verhandelt worden und hat zu einem fairen Preis geführt.

2. Meiner Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

- 2.1. Es bestand der Wille des Landes Kärnten 25 % seiner Anteile an der HBInt. dann zu veräußern, wenn der Preis und die vom Land gewünschten Nebenbedingungen bzw. Nebenabreden erfüllt werden. Gleichzeitig verkauft auch Berlin & Co Sarl seine Quote vom Stichtag 30.6. (die vom Land Kärnten, von der GRAWE und von der Mitarbeiterstiftung In mehreren Tranchen erworben wurde) ebenfalls an die Bayern LB, so dass mit den 25 % + 1 Aktie und den 25 % des Landes Kärnten die Bayer LB die von ihr verlangten 50 % + 1 Aktie erhalten wird.

2.2. Die Entwicklung des Wertes der gesamten Hypo Bank hat in den letzten 12 Monaten folgende Entwicklung genommen:

im Mai 2006 betrug nach einer Einschätzung der HSBC der Unternehmenswert	2 Mrd. €
zum 30.9.2006 hat die HSBC die Wertspanne zwischen angesetzt	1,8 bis 2,2 Mrd. €
am 15.10.2006 war der Wert bei der 1. Kapitalerhöhung der Gruppe Berlin & Co	2,5 Mrd. €
am 30.6.2007 bei dem Kaufvertrag mit der Gruppe Berlin & Co einerseits und der GRAWE bzw. Mitarbeiterstiftung andererseits war der Wert als Vertragsgrundlage	2,75 Mrd. €
Der Wert, mit dem jetzt die Bayern Landesbank kauft, ist	3,25 Mrd. €
Das Gutachten von Deloitte zum Stichtag 30.9.2006 beläuft sich auf einen Wert zwischen	2,7 und 3,1 Mrd. €
Das Gutachten der KPMG zum Stichtag 15.11.2006 beläuft sich auf eine Bandbreite von	2,3 bis 3,0 Mrd. €

2.3. Folgende Punkte wurden im Rahmen der Vertragsverhandlungen noch ausverhandelt:

- Das Stimmverhalten in der Hauptversammlung und die notwendigen Mehrheiten in der Hauptversammlung richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Irgendwelche vertraglichen Ergänzungen des Vorbehaltskataloges gibt es nicht.
- Der Aufsichtsrat soll 8 Mitglieder als Kapitalvertreter und 4 Mitglieder als Arbeitnehmervertreter haben. Die Aufteilung der Kapitalvertreter soll folgendermaßen erfolgen:

Bayern LB	4
Land Kärnten	2
Bank Burgenland (GRAWE)	2
Arbeitnehmervertreter	4

Die in den Verhandlungen aufgetretene Angst einer Majorisierung der Bayern LB im Aufsichtsrat soll durch ein Dirimierungsrecht des Vorsitzenden, den die Bayern LB stellt, entkräftet werden.

Die Anzahl der Sitze im Aufsichtsrat richtet sich nach der Höhe der Beteiligung am Unternehmen, wobei folgende Sonderregelung greifen: Die GRAWE bekommt 2 Sitze, da sie knapp über 25 % der Aktien hält. Wenn die GRAWE – aus welchem Grunde immer – unter die 25%-Grenze fällt, muss sie einen Sitz abgeben.

Das Land Kärnten bekommt – obwohl es sicher unter 25 % fällt – 2 Sitze im Aufsichtsrat, wobei jedoch vereinbart wird, dass für den Fall, dass das Land Kärnten unter 20 % fällt, das Land ebenfalls einen Aufsichtsrat abgeben muss.

Aufgrund der Tatsache, dass das Land Kärnten, wenn es 25%-Punkte vom jetzigen Besitzstand verkauft, knapp unter 20 % sinkt, habe ich angeregt, dass das Land Kärnten nicht genau 25 % verkauft, sondern etwas weniger und die fehlenden Prozentpunkte von der Mitarbeiterstiftung kommen sollen, die ebenfalls verkaufen möchte. Das Land soll also 20 % + 1 Aktie behalten.

Die Veränderung der Quoten kann natürlich durch eine Kapitalerhöhung erreicht werden, wobei jedoch in den Besprechungen der Begriff der „unsinnigen“ Kapitalerhöhungen ventiliert wurde, bei der es nur darum geht, Kapitalerhöhungen zu machen, um Beteiligungsverhältnisse zu verschieben.

- c) Es wurde ein so genannter Syndikatsvertrag angedacht, der von den Bayern als „Gesellschafterversammlung“ bezeichnet wird. In diesem Syndikat sollen die Aufsichtsräte der Kapitalvertreter sitzen, mit den gleichen Stimmrechten wie im Aufsichtsrat, also 4 : 2 : 2 mit dem Dirimierungsrecht des Vorsitzenden. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass anstehende Problemfälle zuerst ausverhandelt werden sollen bevor sie in das Syndikat kommen, geschweige denn in den Aufsichtsrat.

- d) Für das Land Kärnten wurde als Sonderrecht die Standort- bzw. Leitungsgarantie für den Balkan zugesichert. Nicht gesichert wurde eine Beschäftigungsgarantie über eine gewisse Zeitspanne bzw. eine gewisse Mitarbeiterzahl-Garantie.
- e) Als Sonderrecht für die GRAWE wurde eine Ausschließlichkeitsklausel für den Vertrieb der Versicherungen vereinbart.
- f) Für mich steht außer Streit, dass die unternehmerische Führung bei dem Mehrheits-eigentümer liegt, der mehr als 50 % am Unternehmen hält. Mit anderen Worten: Man kann nicht Anteile an einem Betrieb verkaufen und dafür verlangen, dass man sämtliche Rechte, die man als alter Eigentümer hatte, behält.
- g) Hinsichtlich allfälliger Abtretungen wurde eine so genannte „Andienungsverpflichtung“ vereinbart, das ist ungefähr das gleiche wie ein Vorkaufsrecht, allerdings mit anderen Ablaufregeln.
- h) Die Bayern LB verlangt, dass die Sperminorität der Mitarbeiterprivatstiftung aus der Satzung genommen wird, da sie die Standortgarantie mit eigenen Verträgen absichern möchte. Es scheint sich dies mit dem Wunsch der Mitarbeiterprivatstiftung zu decken, ebenfalls Anteile zu verkaufen.
- i) Der Preis, den die Bayern LB für die 50 % + 1 Aktie bereit ist zu bezahlen wurde von Dr. Hink von der Knightsbridge Capital gemeinsam mit Dr. Berlin ausgehandelt. Die Höhe ist ein Kompromiss geworden, bei dem das Problem der Wertberichtigungen mitverhandelt wurde. Über die Philosophie von Wertberichtigungen lässt sich trefflich streiten, es wurde dann aber auf eine Ausgleichsvereinbarung (sowohl für Bonus als auch für Malus) verzichtet, da dies im Preis eingefangen ist. Aus meiner Sicht ist das für das Problem Wertberichtigung klug und gut.

3. Aufgrund dieser Sachverhalte habe ich mich von folgenden Überlegungen leiten lassen, um zum eingangs erwähnten Ergebnis zu kommen:
- 3.1. Das Land will 25 % seiner Beteiligung verkaufen, da der Preis aus dem Anbot der Bayern LB interessant war.
- 3.2. Mein Vorschlag bei den 25 %, Teile von Prozentpunkten mit der Mitarbeiterstiftung zu tauschen, hängt damit zusammen, dass die 2 Köpfe im Aufsichtsrat davon abhängen.
- 3.3. Die aus der Sicht des Landes wichtige Sicherung des Unternehmenssitzes der Bank in Klagenfurt und darüber hinaus noch der Ausbau zum Headquarter für den Balkan ist sicherlich ein politisch bedingter Wunsch, wurde aber von den Erwerbern zustimmend anerkannt.
- 3.4. Aus der Entwicklung des Wertes der Bank (siehe die verschiedenen Gutachten und die verschiedenen Interessenten) lässt sich ableiten, dass die Spanne des Wertes sicher breit ist. Dies ist darauf zurückzuführen, ob die Gutachten im Sinne des Erwerbers oder auf Auftrag des Verkäufers gemacht werden. Der ausverhandelte Preis liegt an den Obergrenzen der Wertermittlung der verschiedenen Gutachten und ist daher sicherlich vom Käufer in der Form akzeptiert worden, dass zu der Wertvorstellung des Käufers (die sicher niedriger war) noch eine strategische Prämie dazu gezahlt wird, die man preismäßig jedoch sehr schwer greifen kann. Die Ursache für diese strategische Prämie liegt darin, dass der Erwerber lange schwierige Aufbauarbeiten leisten müsste, um zum gleichen Ergebnis zu kommen, wie sie die Bank schon aufweist. Dafür ist ein Erwerber bereit, etwas zu bezahlen. Aufgrund dieser strategischen Prämie wurde daher dieser Preis erzielt. Wichtig für mich war auch die Tatsache, dass bei Übernahme für das Land Kärnten 2 Aufsichtsräte bleiben und dass die Zusicherung, dass der Standort für die Bank und auch für die zukünftige Entwicklung am Balkan in Klagenfurt bleibt.

3.5. Andere mir mitgeteilte Wünsche des Landes, wie z.B. das Unterbinden einer Kapitalerhöhung bis zum Jahr 2014 und ähnliches habe ich nicht verhandelt, da ich der Überzeugung bin, dass diese für mich politisch verständlichen Wünsche im Wirtschaftsleben nicht durchsetzbar sind.

Aufgrund dieser Überlegungen zu dem vorgegebenen Sachverhalt bin ich zu der eingangs getroffenen Feststellung gekommen, dass das Land, konkret die Kärntner Landesholding, diesen Teil ihrer Beteiligung an die Bayern LB um den zugesicherten Kaufpreis verkaufen soll.

Die Punkte, über die Einigung erzielt wurde, sind in den beiden Beilagen festgehalten.

Für allfällige Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes that form a stylized, cursive name.